

Tabak-Arbeiter

Nr. 44 / Bremen, den 31. Oktober 1925

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen.
— Monatlicher Bezugspreis 40 Goldmarken ohne Bringergeld — Anzeigenpreis
1) Goldmarken für die vierteljährliche Zeit. — Schluss der Anzeigenannahme und
der Redaktion Montag abends. — Verantwortlicher Redakteur: Ferdinand Dahms.
— Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Karl Reichmann. — Druck: Bremer
Buchdruckerei und Verlagsanstalt A. H. Schmalstieg & Co. — Sämtlich in Bremen

Verbandsvorstand, Redaktion u. Expedition: Bremen, An der Weide 201, Telefon: Amt
Roland 6048 — Geld- und Einschreibverbindungen an Johannes Krohn. — Postcheck-
konto 5349 beim Postcheckamt Hamburg. — Bankkonto: Bankabteilung der Groß-
einhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg und Bank der Arbeiter,
Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin. — Verbandsvorsitzender: Karl Reichmann.
— Verbandsauskunft: L. Schoene, Hamburg, Belenbinderho 57, Zimmer 45-46

Der Rechtfertigungsversuch des Reichsarbeitsministers.

Die Aktennotiz Dr. Meißingers, von deren Inhalt wir unsere Lesenden und Lesern dieses Blattes durch einen Artikel unseres Mitarbeiters Mattutat im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 42 Kenntnis gaben, hat den Beweis geliefert, daß das von der Arbeiterschaft seit langer Zeit gegen die Politik des Reichsarbeitsministers gehegte Mißtrauen nicht unbegründet ist. Mit Recht forderten deshalb die freien Gewerkschaften eine Aufklärung des Sachverhalts durch den Reichsarbeitsminister. Eine Aussprache, die am 1. Oktober auf Veranlassung des Bundesvorstandes des DGB. stattfand, und bei der alle gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen vertreten waren, endete mit der Zusicherung des Reichsarbeitsministers, den Gewerkschaften eine ausführliche Darstellung des tatsächlichen Standesunklares des Reichsarbeitsministeriums zukommen zu lassen. Das in Aussicht gestellte Schreiben, das gleichzeitig als Antwort auf die erhobenen Angriffe betrachtet werden kann, liegt nun vor.

Die Antwort ist, wenn man die ungeheuerlichen Behauptungen Meißingers in Betracht zieht, mehr als mäßig. Sie erwähnt die Aktennotiz mit keinem Wort, weil hierzu Dr. Söhler sich noch besonders äußert. Uns interessiert hier vor allem die Stellung des Ministers, weil er die Verantwortung für sein Ministerium in vollem Umfange zu tragen hat.

Zur Lohnpolitik führt der Minister aus, daß es Sache der Gewerkschaften und Unternehmer sei, sich zu einigen; das Ministerium greife nur ein, wo eine Verständigung nicht gelinge oder eine Partei zu schwach sei, um die notwendige Gestaltung der Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Hier ist zunächst zu bemerken, daß die Gewerkschaften mit Recht für sich in Anspruch nehmen, im Wirtschaftskampf der schwächere Teil zu sein, so namentlich nach jener furchtbaren Inflation, die die Gewerkschaften ohne ihre Schuld fast zu Boden drückte. Leider muß hier betont werden, daß man in der vergangenen Zeit wenig davon gemerkt hat, vom Reichsarbeitsminister eine fühlbare Hilfe erhalten zu haben. Vielsach setzte sich bei den Arbeitern mit Recht der Gedanke fest, daß die staatliche Hilfe dem stärkeren Teil, den Unternehmern, zuteil wurde.

Der Minister erklärt ferner, daß das Ministerium sich niemals allgemein gegen Lohnerhöhungen ausgesprochen habe. Wenn in dieser Erklärung das Wörtchen „allgemein“ nicht vorhanden wäre, dann könnte das Ministerium in den Augen der Arbeiter makellos dastehen, vorausgesetzt, daß es sich auch wirklich so verhielte. Aber da der Minister die Einschränkung allgemein selbst macht, darf man wohl mit Recht der Meinung sein, das Ministerium hat sich vielleicht mehr als wir ahnen gegen Lohnerhöhungen ausgesprochen. Doch weiter: Das Ministerium habe jede wirtschaftlich tragbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen begrüßt und sich im Rahmen des Möglichen für den Schutz der wirtschaftlich Schwächeren eingesetzt. Auch in den letzten beiden Monaten haben nach einer vom Minister beigelegten Uebersicht Schiedssprüche oder Einigungen im Reichsarbeitsministerium fast durchweg Lohnerhöhungen, und zwar zwischen 3 und 10 Prozent erbracht. (In dieser Uebersicht ist auch der Schiedsspruch vom 3. September enthalten, der für die Zigarrenindustrie eine siebenprozentige Lohnerhöhung brachte.)

Hier kann sofort die Frage aufgeworfen werden: Was liegt im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen? Wer bestimmt die wirtschaftlich tragbare Verbesserung? Bei allen Lohnverhandlungen spielen die Auseinandersetzungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsvertretern um die Frage der wirtschaftlichen Tragbarkeit der Forderungen eine große Rolle. Sollen kommen die beiden Parteien hier überein, im Gegenteil

glauben die Arbeitervertreter fast immer, daß die Wirtschaftslage der betreffenden Industriebranche die Lohnforderungen der Gewerkschaften zu tragen vermag. Entsprechende Belege werden in der Regel von den Unternehmern nicht anerkannt. Will etwa das Ministerium hier von sich aus bestimmen, was wirtschaftlich tragbar ist oder nicht? Genau so steht es mit dem Schutz der Schwächeren im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen. Unternehmer und Gewerkschaften stimmen auch hier fast nie überein, wie weit gesteckt der Rahmen des wirtschaftlich Möglichen sein kann. Wie also sieht das Ministerium diesen Rahmen? Nach der Vergangenheit zu urteilen, muß man leider sagen, daß der Rahmen des wirtschaftlich Möglichen, wie ihn das Reichsarbeitsministerium sieht, äußerst knapp bemessen ist.

Zu der Frage der Verbindlichkeitserklärungen habe sich die Stellung des Ministeriums nicht geändert. So wünschenswert fortschreitende Selbstverantwortung und freie Verständigung der Parteien sei, so könne, zumal die Parteien selbst wirksame Tarifinstanzen leider nicht geschaffen hätten, eine Gesetzesänderung in der Richtung einer Preisgabe der Verbindlichkeitserklärungen nicht erfolgen. Wenn das Arbeitsministerium zu diesen Worten steht, dann könnte sich die Arbeiterschaft damit zufrieden geben. Vorausgesetzt natürlich, daß wirklich begründete Verbindlichkeitserklärungen auch ausgesprochen werden. Gegen die Verbindlichkeitserklärungen, soweit sie auf Antrag der Gewerkschaften vorgenommen werden, rennen die Unternehmer besonders an. Es wäre zu hoffen, daß das Ministerium hier etwas mehr Festigkeit zeigen würde. Die Schlichterbesprechungen hält das Ministerium nach wie vor für notwendig, bindende Anweisungen in lohnpolitischen Fragen seien jedoch niemals gegeben worden.

Bezüglich des Fragenkomplexes der Arbeitszeitgesetzgebung äußert sich der Minister ausführlich. Das Ergebnis ist auch hier ein sehr mageres. In Bern sei zwischen den Arbeitsministern von Frankreich, Belgien und Deutschland die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens nicht vereinbart worden. Man habe damals nur gemeinsam den Eindruck festgestellt, daß es möglich sein würde, zu einer gemeinsamen Ratifizierung zu gelangen. Tatsächlich habe nur Frankreich ratifiziert, aber unter der Bedingung, daß auch Deutschland ratifiziere, wobei man in Frankreich gut wisse, daß Deutschland ohne England und Belgien nicht ratifizieren kann. Der Minister legt hiernach auseinander, daß er versucht habe, in Deutschland zu einer Regelung zu kommen. Ferner wird auf die Verordnung über die Arbeitszeit an Hochöfen und in Kokereien verwiesen, wo die Arbeitszeit in der Arbeiterschaft günstigem Sinne geregelt sei. Das geplante Arbeitszeitgesetz soll zu einem vollständigen Arbeiterschutzesgesetz ausgestaltet werden, das mit dem Wust der jetzt in Gewerbeordnung, Ausführungsverordnungen, Kinderschutzgesetz, Demobilmachungsverordnungen und Arbeitszeitverordnung zersplitterten Bestimmungen reinen Tisch mache und eine einheitliche Regelung des gesamten Arbeiterschutzes einschließlich der Arbeitszeit bringe. Die Arbeiten seien mit äußerstem Nachdruck gefördert. So behauptet der Minister. Diese Erklärung sieht gewiß etwas anders aus, als das, was in der Aktennotiz steht. Dennoch kann man dem Ministerium kein Lob ob der geleisteten Arbeit aussprechen. Doch warten wir hier einmal ab, inwieweit sich die Voraussetzungen erfüllen, daß das Arbeitszeitgesetz mit äußerster Beschleunigung zu Ende geführt werden soll.

Der Minister versichert zum Schluß, daß sich das Reichsarbeitsministerium in all seinen Teilen auch heute noch mit derselben inneren Ueberzeugung und mit der gleichen Unparteilichkeit für den sozialen Fortschritt einsetze, wie es das seit jeher getan habe.

Soweit in groben Umrissen das Verteidigungsschreiben des Reichsarbeitsministers. Wenn man auch annehmen kann, daß der Unternehmersyndikus Dr. Meißinger seine Aktennotiz nach

seiner Richtung etwas gefärbt hat, so ist doch aber nicht anzunehmen, daß er sich alles aus den Fingern sog. Und wenn man die hanebüchene Behauptungen und Versprechungen Dr. Sillers, wie sie in der Aktennotiz gegeben wurden, vergleicht mit dem, was der Arbeitsminister zur Verteidigung vorbringt, dann kann man keineswegs von einer Befriedigung sprechen. Doch der Reichsarbeitsminister hat gesprochen, er hat den unangenehmen Eindruck der Aktennotiz zu verwischen gesucht. Nehmen wir diese Erklärung mit der gebührenden Reserve zur Kenntnis und warten wir ab, was nunmehr folgt. Erst dann wird man ermeßen können, was von diesem Arbeitsministerium zu erwarten ist.

Löhne und Teuerung.

Von Hermann Kruse.

Die heutige Wirtschaft hat ihre Besonderheit, die wir kapitalistisch nennen. Trennung des Arbeiters von den Produktionsmitteln ist das Merkmal der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Sie ist eingestellt auf Erzeugung und Austausch von Waren, wobei das Geld die Rolle des Vermittlers übernimmt. Die Eigenart der kapitalistischen Wirtschaft bewirkt, daß auch die Arbeitskraft als Ware bewertet und angesehen wird. Nun unterscheidet man die Ware Arbeitskraft von den Waren anderer Gattung dadurch, daß sie mit ihrem Verkäufer, dem Arbeiter, untrennbar verbunden ist. Auch die Arbeitskraft hat wie jede Ware ihren Wert, der geldlich ausgedrückt Lohn heißt. Der Unternehmer kauft also die Arbeitskraft, indem er dem Arbeiter Lohn zahlt. Warum produziert der Kapitalist Waren und kauft hierfür die Arbeitskraft? Nur um Nutzen zu ziehen. Seinen Nutzen kann er auf dreierlei Weise steigern: entweder er verlängert den Arbeitstag, oder er kürzt den Lohn, oder er schlägt beide Wege mit einem Male ein.

In der Herabsetzung des Lohnes feierte das deutsche Unternehmertum während der Inflation die größten Orgien. Erst die Stabilisierung machte den Arbeitern das Attentat auf ihre Lebenshaltung sichtbar. Kein Wunder, daß die Gewerkschaften gedrängt wurden, durch Lohnerhöhungen die reelle Lebenshaltung ihrer Mitglieder einigermaßen wieder herzustellen. Hierin erblickte das Unternehmertum einen Angriff auf sein allerheiligstes Recht: die Herabdrückung des Arbeitslohnes. Regierung und Wissenschaft wurden mobil gemacht und die Offenlichkeit mit ausgefuchtem Raffinement bearbeitet.

Ganz gewiß ist nicht zu leugnen, daß die deutsche Wirtschaft seit Anfang 1924 in einer Krise sich befindet, die ihre Ursache in der Stabilisierung hat, mit der Tendenz der Reinigung der Wirtschaft von den Inflationsbetrieben. Hochkonjunktur, Kapitalknappheit und steigende Preise leiteten das Wirtschaftsjahr 1924 ein. Die im Interesse der Währung notwendige Kreditrosselung bewirkte gegen den Sommer Konjunkturrückschlag mit steigender Arbeitslosigkeit. Die Preise sanken. Die Annahme des Dawes-Garantens und die damit in Verbindung stehende 800-Millionen-Darlehensnahme erleichterten für das Ende des Jahres Verbesserung der Produktion und Abnahme der Arbeitslosenziffer. Sofort jedoch die Preise wieder an und diese Tendenz hat bis heute noch nicht ihren Abschluß gefunden. Im Frühjahr 1925 hielt Amerika mit den Krediten zurück. Damit trat von neuem wirtschaftlicher Rückschlag ein, der sich für manche Unternehmer geradezu Katastrophal wirkte.

Niedrige Löhne, steigende Preise, Steuererhöhungen und Zollvorlage taten das ihrige, um die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse um Jahrzehnte zurückzuwerfen. Löhnen bringt es das deutsche Unternehmertum zum fertig, die Schuld der Wirtschaftskrise auf die Arbeiter zu schieben. In noch ungünstiger Lage der Wirtschaft mit steigenden Steuern, hohen Zinsen (typischer Unternehmerausdruck), Arbeitslosigkeit und hohen Löhnen zu schieben. Vornehmlich die hohen Löhne seien schuld an den hohen Preisen. Jede Preissteigerung begründet das Unternehmertum mit den hohen Löhnen. Jede Lohnforderung wird wegen der schlechten Lage des Betriebes auf die hohen Löhne abgelenkt. Dabei hat die Garantie des Reichswirtschaftsrats über Textilien und Leder ergeben, daß der Lohnanteil gegenüber 1913 gefallen ist, und der Augsburger Fabrikant Landauer hat errechnet, daß für die Spinnereien der Lohn im Juli 1914 6,6 Prozent, im Dezember 1924 dagegen nur 3,8 Prozent beim Garn beträgt. Für die Webereien errechnet er hingegen im Juli 1914 12,6 Prozent, im Dezember 1924 nur 4,69 Prozent für Kretonne. Danach ist der Lohnanteil um 50 Prozent gefallen. Der Maurerlohn betrug in Bremen im Juli 1914 etwa 52 bis 54 Prozent der Kosten des Bauwerkes, im August d. J. dagegen nur etwa 28 bis 32 Prozent der Baukosten. Die angeblich hohen

Löhne stellen sich somit bei der Produktion noch immer als Verbilligungsfaktor heraus. Nichts berechtigt daher die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände in der bekannten Denkschrift vom 12. Mai 1925, von der Regierung zu fordern, Lohnpolitik in ihrem Sinne zu treiben, da sonst der Absterbungsprozeß der deutschen Wirtschaft nicht aufzuhalten sei. Die Unternehmer sind dazu um so weniger berechtigt, als im Mai dieses Jahres, wenn die Löhne in Deutschland gleich 100 gesetzt werden, in Dollar umgerechnet die Löhne in den Vereinigten Staaten 350—400, in England 160—210, in Dänemark 140 bis 185, in Schweden 143—193 und in Holland 120—158 betragen. Professor Hermberg hat ja auch den deutschen Unternehmern auf dem Gewerkschaftskongreß in Breslau vorgerechnet, daß ihre Lohnersparnisse gegenüber dem Auslande 8 Milliarden betragen.

Ein beliebtes Mittel der Unternehmer und der ihnen dienstbaren Wissenschaftler ist auch der Hinweis auf die passive Handelsbilanz. Sie behaupten, wenn die Passivität der Handelsbilanz anhält, dieser Zustand eine ernsthafte Gefahr für die Währung bedeutet, und malen das Schreckgespenst einer neuen Inflation an die Wand. Schon die Vorkriegszeit zeigt, daß das Volksvermögen sich auch bei passiver Handelsbilanz steigern kann. Heute sehen wir, daß steigende Einfuhrzahlen ein Zeichen für gute wirtschaftliche Beschäftigung sind. Der Schutzzöllner sah alles Heil der Volkswirtschaft in der aktiven Handelsbilanz, bei ihm war die Hochschätzung des Geldes der Ausgangspunkt allen wirtschaftlichen Denkens. Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Geldes wurde von ihm überschätzt. Da Geld eine Ware wie jede andere auch ist, ist seine Uberschätzung völlig irrig und liegt absolut kein Grund vor, die Wirtschaftspolitik auf seinen Gewinn einzustellen. Mehr Geld im Land, sagt Ricardo, bedeutet, daß die Preise steigen. So ist die Einfuhr des Geldes durch aktive Handelsbilanz ein Widerspruch in sich. Das Wissen dieser Unternehmer basiert also auf den längst abgetanen Auffassungen der Schutzzöllner. Hinzu kommt, daß sie die Passivität der Handelsbilanz dem Ausmaße nach überschätzen, da die Ursachen der passiven Handelsbilanz in Fehlern begründet liegen, die sie größer erscheinen lassen, als sie ist. Professor Hirsch hat schon im Anfang des Jahres nachgewiesen, daß zirka 20 Prozent des Ausfuhrwertes nicht deklariert wird. Zum andern aber bedeutet passive Handelsbilanz, daß die deutsche Wirtschaft kapitalkräftig genug ist, die notwendigen Einkäufe im Auslande vorzunehmen, oder aber, daß wir kreditwürdig vom Auslande für die hereingenommenen Waren erachtet werden. Wäre die deutsche Wirtschaft nicht kreditwürdig, würde sie nicht als zahlungsfähig vom Auslande angesehen, so könnte die Passivität der Handelsbilanz gar nicht entstehen.

Nicht die hohen Löhne, die Steuern und sozialen Lasten verursachen die Krise. Sie ist vornehmlich dadurch entstanden, daß von den Produktionsüberschüssen zuviel in die Anlagen und zu wenig in das Betriebskapital gesteckt wurde. Es handelt sich darum, in den Produktionsapparat das notwendige Kapital hineinzubringen. Hierbei muß sich die Wirtschaft möglichst vom Auslande unabhängig machen. Die Möglichkeit der inneren Kapitalbildung muß unter Berücksichtigung der breiten Massen als Kapitalbildner in Angriff genommen werden. Hierzu trägt aber die heutige Lohnpolitik der Unternehmer nicht im geringsten bei. Was schert es die Unternehmer, daß ihr Verhalten volkswirtschaftlicher Unsinn ist. Sie wollen nicht einsehen, daß das geringe Einkommen des Arbeitenden kaum zur Befriedigung des notwendigen Lebensbedarfs langt, daß es Wahnsinn ist, die Kaufkraft der Massen durch Zölle weiter einzuschränken. Durch seine Lohnpolitik hat das Unternehmertum verschuldet, daß planmäßige Kapitalbildung zur Befriedigung der Betriebsmittel unterblieb. Währungserstückerung durch Lohnerhöhungen ist ausgeschlossen, wenn die Reichsbank innerhalb der gesetzlich zugelassenen Menge von Zahlungsmitteln bleibt. Innerhalb dieser Schranken muß die Reichsbank aber bleiben, da über ihr der Währungsdictator steht, der im Interesse seiner Auftraggeber jede Geldverwässerung verhindern wird.

Daß nicht die Löhne, sondern Praktiken der Unternehmerverbände die Wirtschaftskrise verschulden, hat mit aller Deutlichkeit die Handelskammer zu Hamburg in ihrer Denkschrift an den Senat zum Ausdruck gebracht. Wir lesen dort, daß die Zahlungsgepflogenheiten der Produzentenverbände, die Preiskonventionen der Kartelle, die Preispolitik der Innungen und die Aufblähung des Verteilungsapparates neben Steuern, Soziallasten und Zinsen die Ursache für die Verteuerung der Lebenshaltungskosten sind. Ueber die Löhne äußert sie sich folgendermaßen:

Bis zu einem gewissen Grade sind die Löhne abhängig von den Lebenshaltungskosten, und daher muß die Arbeit der berufenen Stellen hier beginnen und mit allen tauglichen Mitteln auf eine Senkung der Lebenshaltungskosten hingewirkt werden. Und weiter: Da aber, wie erwähnt, die Lebenshaltungskosten für die Höhe der Löhne und Gehälter bestimmend sind, so ist erforderlich, dieser Frage die größte Aufmerksamkeit zu schenken.

Eine Unternehmerkammer bescheinigt hier also dem deutschen Unternehmertum, daß seine Produktions- und Preispolitik die Schuld an der Teuerung trägt. Nicht die angeblich hohen Löhne, nicht die sozialen Lasten — die nur Lohnergänzung derselben sind — verschulden also die deutsche Wirtschaftskrise, sondern die Unfähigkeit der Unternehmer, die Dinge zu meistern. Nichts Neues, keinerlei Anpassung an die veränderten weltwirtschaftlichen Verhältnisse, lediglich das Abspielen der abgeleiteten Grammophonplatte von der Arbeitszeitverlängerung und der notwendigen Lohnsenkung wissen die Unternehmer zur Behebung der Wirtschaftskrise. Sie wollen durch die Herabdrückung der Lebenshaltung auf das physiologisch mögliche Maß die Krise bekämpfen. Ueberfüllte Warenlager, anziehende Preise, sinkende Kaufkraft der breiten Massen ist das Charakteristikum der gegenwärtigen Wirtschaftslage. Nur blindes Warten der kapitalistischen Wirtschaft hat diesen Zustand hervorgerufen.

Löhne und Kosten der Lebenshaltung sind Dinge, die im wirtschaftlichen Leben des Arbeiters und der Volkswirtschaft von großer Wichtigkeit sind. Der Lohn ist der Preis für die Ware Arbeitskraft. Nach Marx wird der Wert jeder Arbeit bestimmt durch die Menge Arbeit, die zu ihrer Herstellung gesellschaftlich notwendig ist. Der Wert der Arbeitskraft ist also diejenige Arbeit, die erforderlich ist, um den Arbeitenden arbeitsfähig zu erhalten. In der kapitalistischen Wirtschaft beeinflußt der Lohn die materielle Lage des Arbeiters, da er die Menge Lebensmittel usw. bestimmt, die er für denselben beschaffen kann. Der Lohn in Geld ausgedrückt ist nur relativer Begriff und hat daher doppelte Gestalt: einmal Geldbetrag und zum andern eine Summe Lebenshaltung, die damit zu befriedigen ist. Die Geldsumme des Lohnes kann dieselbe bleiben oder auch steigen und die Lebenshaltung kann dabei sinken.

Volkswirtschaftlich betrachtet ist die Höhe des Einkommens der Arbeiterschaft nicht einerlei. Brentano weist darauf hin, daß hohes Geldeinkommen der Arbeiterschaft zur erhöhten Nachfrage führt und das Unternehmertum durch zu niedrige Löhne eine zukünftige Rundschaft im Keime erstickt. Die besten Unternehmungen nützen nichts, wenn die Produkte für die darbedürftigen Arbeiter nicht käuflich sind.

Die kapitalistische Produktionsweise kennt nur einen Zweck: Anbahnung von Profit. Es ist dem Kapitalismus hierbei einerlei, ob die Menschheit unter furchtbaren Leiden zur Unterfunktion gezwungen wird. Sorgen wir als Gewerkschafter dafür, daß der Zweck jeder vernünftigen Produktionsform die Erhaltung der Gesellschaft durch Arbeit bei planmäßiger Verbilligung ihrer Bedürfnisse verwirklicht wird.

Lohn- und Tariffbewegungen.

Aus der Zigarettenindustrie.

Beendigung des Streiks bei Kinn & Cloos.

Der vor einigen Wochen in den drei Filialen der Firma Kinn & Cloos in Brotterode ausgebrochene Streik hat sein Ende gefunden. Auch für diese Betriebe gelten jetzt die Tariflöhne mit einem Aufschlag von 7 Prozent, wie er durch den Schiedsspruch vom 3. September festgelegt worden ist.

Aus dem Tabakgewerbe.

Tabaksteuereinnahmen im September und im ersten Halbjahr des Rechnungsjahres 1925/26

Nach der amtlichen Uebersicht der Reichseinnahmen sind im September dieses Jahres 62.969.725,53 M an Tabaksteuern, darunter 15.943,5 M aus der Tabakerfabrikoffabgabe, aufgekommene. Im ersten Halbjahr des Rechnungsjahres 1925/26 (1. April bis 30. September 1925) betragen die Tabaksteuereinnahmen 24.491.204,47 M, darunter 12.438 M aus der Tabakerfabrikoffabgabe. Auf zwölf Monate umgerechnet würde das, bei den bis zum 1. Oktober gültigen Tabaksteuersätzen, eine Jahreseinnahme von rund 650 Millionen Mark ausmachen. Der Vorschlag für dieses Rechnungsjahr, der 560.200.000 M beträgt, würde damit um annähernd 90 Millionen Mark überschritten sein.

Internationale Tabakarbeiterbewegung.

Die Banderole in Belgien.

In Belgien hat im September ein Landeskongreß der Tabakarbeiter stattgefunden, auf welchem die Abschaffung der Banderole zur Verhandlung stand. Von den Gegnern der Banderole wurde hervorgehoben, daß nach Angabe der Unternehmer die Zigarren durch die Abschaffung der Banderole um 10 Centimes pro Stück billiger würden. Die Befürworter der Banderole befürchten, daß durch ihre Abschaffung die Kontrolle über die Richtigkeit der gezahlten Löhne wegfallen könnte. Schließlich wurde einstimmig beschlossen, den Hauptvorstand zu beauftragen, alle Maßregeln zu ergreifen, die zur Abschaffung der Banderole führen, unter der Gewähr, daß die Kontrolle über die Richtigkeit der gezahlten Löhne bestehen bleibt. Ein Antrag, wieder ein Label (Schutzmarke) einzuführen, wurde dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Etwas von den amerikanischen Tabakarbeitern.

Auf dem 25. Kongreß der Cigar Makers' International Union, der am 10. August in Boston begann, berichtete der Präsident, Kollege Perkins, u. a. auch über die Zahl der in den Vereinigten Staaten von Amerika und Porto Rico beschäftigten Tabakarbeiter, ihre Verteilung nach Berufen und Geschlechtern und ihr Organisationsverhältnis. Nach diesem Berichte sind in den eben genannten Ländern insgesamt 110.404 Personen in der Zigarrenindustrie beschäftigt, und zwar 99.354 in den Vereinigten Staaten von Amerika und 11.050 auf Porto Rico.

In den Vereinigten Staaten von Amerika sind 78.941 Zigarrenarbeiter, 4093 Sortierer, 1154 Zigarillosarbeiter und 15.166 Zurichter beschäftigt. Von den Zigarrenmachern sind 28.293 männlich (davon 13.463 organisiert und 14.830 unorganisiert) und 50.648 weiblich (davon 3186 organisiert und 47.462 unorganisiert). Soweit die männlichen Zigarrenmacher in Betracht kommen, stellen 6243 (3733 organisierte und 2510 unorganisierte) Handzigarren und 8609 (4916 organisierte und 3693 unorganisierte) Formzigarren vollständig her, während 13.441 (4814 organisierte und 8627 unorganisierte) Teilarbeit verrichten. Von letzteren machen 11.413 (4583 organisierte und 6830 unorganisierte) Hand- oder Formarbeit und 1040 (115 organisierte und 925 unorganisierte) Maschinenwickel. 831 (113 organisierte und 718 unorganisierte) rollen Maschinenwickel ein und 157 (3 organisierte und 154 unorganisierte) arbeiten an automatischen Maschinen.

Von den 50.648 Zigarrenarbeiterinnen machen 1574 (339 organisierte und 1235 unorganisierte) Handzigarren und 899 (252 organisierte und 647 unorganisierte) Formzigarren vollständig fertig, während 48.175 Teilarbeit verrichten. 14.694 von den Teilarbeiterinnen (2396 organisierte und 12.298 unorganisierte) machen Hand- oder Formarbeit und 8280 (32 organisierte und 8248 unorganisierte) Maschinenwickel. 24.303 (167 organisierte und 24.136 unorganisierte) rollen Maschinenwickel ein und 3371 (alle unorganisiert) werden an automatischen Maschinen beschäftigt.

Insgesamt sind demnach 7817 Personen (6243 männliche und 1574 weibliche) mit der vollständigen Herstellung von Handzigarren beschäftigt, von denen 3733 männliche und 339 weibliche organisiert sind. Formarbeit stellen 9508 Personen (8609 männliche und 899 weibliche) vollständig her, von denen 4916 männliche und 252 weibliche organisiert sind. Teilarbeit verrichten 61.616 Personen (13.441 männliche und 48.175 weibliche), von denen 4815 männliche und 2595 weibliche organisiert sind. 37.982 Personen arbeiten zum Teil ganz mit Hilfe von Maschinen oder an automatischen Maschinen.

Der Lohn für Handarbeit schwankt zwischen 4 Dollar und 28 Dollar für das Tausend. Seit August 1923 ist eine Abnahme von 6789 Beschäftigten (6104 männliche und 685 weibliche) zu verzeichnen. Da zur Zeit des Kongresses vor zwei Jahren noch 13.305 Personen mit reiner Handarbeit beschäftigt waren, so ist seit dieser Zeit eine Abnahme um 5488 Beschäftigte zu verzeichnen. Auch die vollständige Herstellung von Formzigarren durch Einzelpersonen geht zurück, während die Teilarbeit immer mehr zunimmt, so daß jetzt schon 26.107 Personen Formzigarren bei Teilarbeit herstellen. Die Zahl der Beschäftigten an den automatischen Maschinen ist in den letzten zwei Jahren von 1923 auf 3523 gestiegen. Nur zum Teil werden 34.454 Personen, von denen 430 organisiert sind, an Maschinen beschäftigt.

Die Zahl der Zigarrenfabriken in den Vereinigten Staaten von Amerika beträgt 10.320. Davon sind 7180 Unionsfabriken, das heißt solche, die die gewerkschaftlichen Lohn- und

Arbeitsbedingungen anerkannt haben. In 3246 Unionsfabriken arbeitet nur der Eigentümer. Von den 3140 Nicht-Unionsfabriken gehören 221 dem Trust. Die Trustfabriken beschäftigen 46 987 Zigarrenmacher und Sortierer, und zwar 7178 männliche und 39 809 weibliche, von denen 822 männliche und 239 weibliche organisiert sind. Auf Porto Rico sind 11 050 Personen mit der Zigarrenherstellung beschäftigt, von denen 4450 Zigarrenmacher, 100 Sortierer und 6500 Zurichter sind. Die 6500 Zurichterinnen, die nicht organisiert sind, arbeiten fast ausschließlich für den Export. Von den 4450 Zigarrenmachern sind 3900 männlich (davon 400 organisiert) und 550 weiblich (davon 50 organisiert).

Gewerkschaftliches.

Die deutsche Gewerkschaftsdelegation auf dem amerikanischen Gewerkschaftskongress in Atlantic City

erfreute sich der herzlichsten Aufnahme. Ihr Sprecher Tarnow fand starken Beifall und der Kongressvorsitzende Green dankte ihm und sprach seine Genugtuung darüber aus, daß die deutschen Gewerkschaften bei ihren bewährten Methoden geblieben seien, dank deren sie die schwere Inflationskrise glücklich überstanden hätten. Auf die Rede des englischen Gewerkschaftsvertreters Purcell, der die amerikanischen Gewerkschaften zu engeren Beziehungen mit den russischen Gewerkschaften einlud, erwiderte Green, daß sich die amerikanischen Gewerkschaften den Russen nicht anschließen und deren Theorien nie übernehmen würden. Das war eine bündige Ablehnung Moskaus.

Rundschau.

Die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden

Im Reichsarbeitsblatt vom 1. September ist eine Statistik veröffentlicht, welche die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden im Jahre 1924 registriert. Aus der Zusammenstellung der Schlichtungsausschüsse geht hervor, daß 119 Schlichtungsausschüsse mit 21 selbständigen Zweigkammern sich mit der Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten beschäftigt haben. Von den 16 480 Schlichtungsverfahren wurden nach der Statistik erledigt:

1. vor Anberaumung der Verhandlung 1634, 2. im Vorverfahren 2319, 3. im Verfahren vor der Schlichtungskammer 11 533, 4. auf andere Weise 994. Von den vor der Schlichtungskammer ausgetragenen Fällen (Ziffer 3) wurden erledigt: 1211 durch Einigung, 9469 durch Schiedsspruch, 862 durch sonstigen Beschluß.

In 4492 Fällen wurde der Schiedsspruch von beiden Teilen angenommen und in 4968 Fällen erfolgte die Ablehnung des Schiedspruches durch einen oder beide Teile. Die Zahl der Streitigkeiten, die für ein Verfahren auf Verbindlicherklärung durch den Schlichter — also für den sogenannten Zwangseingriff — theoretisch in Betracht kamen, betrug nur knapp ein Drittel aller vor den Schlichtungsausschüssen bearbeiteten Streitfälle. Ueber zwei Drittel der Verfahren konnten bereits erledigt werden, ohne daß die Voraussetzungen für eine Verbindlicherklärung — Ablehnung des Schiedspruches durch eine Partei — gegeben wurden.

Nach der Tabelle lagen insgesamt 3559 Anträge auf Verbindlicherklärungen vor. Die Gesamtzahl der Anträge bleibt schon wesentlich hinter der Zahl der von den Parteien abgelehnten Schiedsprüche zurück. Noch nicht in einem Viertel aller Fälle wurde, wie die Zusammenstellung zeigt, die Verbindlicherklärung ausgesprochen. Der größte Teil der Anträge wurde infolge Einigung der Parteien noch vor dem Schlichtetermin gegenstandslos. In Hamburg war es möglich, in 100 Prozent aller eingeleiteten Verfahren zu einer Einigung der Parteien zu kommen, so daß für Hamburg keine ausgesprochene, aber auch keine abgelehnte Verbindlicherklärung verzeichnet ist. — Noch erwähnt sei, daß Ende Juni 1925 insgesamt 1302 allgemein verbindliche Tarifverträge in Kraft waren. Davon entfielen 581 auf die Angestellten.

Die Tabellen über die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse und Schlichter lehren, daß nur in einer verschwindenden Anzahl aller Fälle ein unmittelbarer Zwang erfolgte. Insgesamt 16 480 Streitigkeiten vor den amtlichen Schlichtungsausschüssen stehen nur 839 ausgesprochene Verbindlicherklärungen gegenüber. Es kommt freilich nicht so sehr auf die Quantität als auf die Qualität an. Und es kommt auch darauf an, auf wessen Antrag — Unternehmer oder Arbeiter — d. h. also gegen wen die Verbindlicherklärung in der Regel ausgesprochen wurde. Auf alle Fälle werden die Arbeiterinnen und Arbeiter gut tun, sich mehr auf ihre eigene Kraft, die in der gewerkschaftlichen Organisation liegt, zu verlassen, als auf die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden.

Verbandsteil.

Am 31. Oktober ist der 44. Wochenbeitrag fällig.

Die Namen der Zahlstellen,

deren Quartalsabrechnung nicht bis zum 2. November beim Vorstand in Bremen eingegangen ist, werden in der nächsten Nummer der Verbandszeitung bekanntgegeben. In einer der darauffolgenden Nummern der Verbandszeitung werden die Namen der Zahlstellen bekanntgegeben, die ihre Statistikkarte nicht bis zum 7. November dem Hauptvorstand übermittelt haben.

Ortsbeamter gesucht.

Für die Zahlstelle G i e ß e n wird zum baldigen Antritt ein Ortsbeamter gesucht. Die Bewerber müssen mit den Verwaltungsarbeiten vertraut sein, die Tarifverträge in der Tabakindustrie beherrschen, agitatorisch und organisatorisch befähigt sein und die soziale Gesetzgebung kennen. Bewerber wollen ihr Gesuch bis zum 15. November an den Gauleiter Alfred Kiel, Gießen, Schottstraße 10, einreichen. Das Gesuch muß mit der Aufschrift „Werbung“ versehen sein und neben Mitteilungen über die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung einen Aufsatz enthalten, aus dem hervorgeht, wie sich der Bewerber die Tätigkeit eines Ortsbeamten denkt. Die Befoldung erfolgt nach den im Deutschen Tabakarbeiter-Verband üblichen Grundsätzen.

Folgende Gelder sind eingegangen:

9. Ost. Hanau 20,—, Michelbach 175,85.
16. Frankenhausen 145,—, Braunsberg 99,—, Lübben 65,25. Frankfurt a. M. 40,—.
17. Tannenberg 100,—, Freiberg 300,—, Görlitz 100,—, Lübeck 250,—, Nachen 100,—, Lorsch 20,—, Soest 50,—, Allendorf 40,—, Sorau 50,—, Barel 45,—, Dohrenbach 57,—, Schmiedeheim 66,—, Peitz 23,—, Peterswaldau 19,—, Heidenheim 322,84, Nedarelsz 28,76, Glauchau 18,45, Gohfeld 49,—, Gundelsheim 16,64, Steinau 53,89, Darmstadt 25,20.
18. Friesenheim 120,—.
19. Langwedel 150,—, Geesthacht 70,—, Gera 100,—, Uetersen 50,—, Frankfurt a. M. 100,—, Glückstadt 24,—, Neuruppin 3,—, Erleben 59,—, Wusterhausen 15,—, Selligenstadt 65,—, Enger 157,52, Salzungen 59,20, Spangenberg 8,40, Stargard 300,—, Pirna 100,—, Bullstätt 32,—, Zuffenhausen 26,—, Bredstedt 87,90, Offenbach a. D. 22,48.
20. Eibing 2000,—, Frankenberg 500,—, Baden-Baden 1100,—, Brotterode 1000,—, Wanfried 300,—, Hücker-Nischen 100,—, Schätmar 70,—, Zwickau 70,—, Großenhain 80,—, Strehlen 56,60, Werther 334,35, Cleebrunn 55,—, Erfurt 20,—, Delitzsch 22,22, Hainau 93,96, Dentslingen 242,18.
21. Nordhausen 1000,—, Spenge 150,—, Heidelberg 200,—, Mennighüffen 50,—, Kirchardt 189,—, Duderstadt 24,—, Langensalza 16,53, Schönebeck 184,04, Unterheinnriet 82,68, Walldorf a. d. W. 126,88, Hohenhausen 58,64.
22. Verlinghausen 80,—, Northeim 112,50, Obermeppen 100,—, Torgau 40,—.
23. Salzungen 50,—, Raschhausen 68,22, Helmstedt 54,71, Jochenheim 60,—.
24. Hamburg 400,—, Fahr 140,—.
Bremen, den 27. Oktober 1925. J. Krohn.

Als verloren gemeldet:

- Das Mitgliedsbuch S. IV 121 354 Rich. Paul Liebchen aus Görlitz, geb. 15. 3. 1881, eingetr. 14. 7. 1914 (240/41. 25).
Das Mitgliedsbuch (S ? Nr. ?) Karl Bode, geb. 22. 8. 1889 in Herstelle, eingetreten am 19. 10. 1919 (247/42. 25).
Mitgliedsbuch S. IV 32 030 Anna Saalfeld, geb. 18. 9. 1908, eingetreten am 4. 2. 24 (252/43. 25).
Mitgliedsbuch S. III 73 438 Fritz Strunt, geb. 31. 5. 1876 in Haverstädt b. Minden, eingetreten am 18. 4. 1904 (256/44. 25).

Briefkasten. Burgsteinfurt 5 A.

Billiae, böhmische Bettfedern



1 Kilo graue, geschlossene G.-M. 3.—, halbweiße G.-M. 4.—, weiße G.-M. 5.—, bessere G.-M. 6.—, 7.—, daunenweich G.-M. 8.—, 10.—, beste Sorte G.-M. 12.—, 14.—, weiße, ungeschlossene Rappfedern G.-M. 7.50, 8.50, beste Sorte G.-M. 10.—. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sadowski, Lobes 245 b. Pilsen-Böhm.

Unserm lieben Kollegen

Johann Wahlbring

zu seinem

30jährigen Verbandsjubiläum

die herzlichsten Glückwünsche.

Die Zigarrenarbeiter der Firma
Friedr. Kottmann in Burgsteinfurt

Gibt ausgelesene

„Tabak-Arbeiter“

zu Agitationszwecken an

unorganisierte Kollegen und

Kolleginnen weiter!

Wie kann der Gewerkschafter sparen?

Die Frage, ob und wo der Gewerkschafter sparen soll, ist an dieser Stelle schon erörtert worden. Es erübrigt sich daher, auf die Notwendigkeit und die Pflicht des Gewerkschafters, nur bei der Arbeiterbank zu sparen, nochmals hinzuweisen. Die Organisationsarbeiten der Arbeiterbank sind jetzt soweit gediehen, daß der Sparverkehr unmittelbar aufgenommen werden kann. Die Arbeiterbank hat sich bereits an die Ortsverwaltungen von Berlin und an die Ortsausschüsse des Reiches gewandt, und es soll nunmehr hier kurz erörtert werden, welche Wege das Gewerkschaftsmitglied einschlagen muß, um bei der Arbeiterbank sein Geld anlegen zu können.

Die gebräuchlichste Art ist die Einzahlung der Spargelder auf ein Sparbuch. Die Sparkasse der Arbeiterbank stellt an jedermann Sparbücher mit täglicher und monatlicher Kündigung aus. Zurzeit beträgt der Zinssatz für täglich abhebbare Sparguthaben 6 Prozent und für monatlich kündbare Sparguthaben 8 Prozent pro Jahr.

Einzahlungen auf Sparbücher können in folgender Weise getätigt werden:

1. Einzahlungen werden in den Kassenräumen der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin S 14, Wallstraße 65, von 9 bis 3 Uhr und 5 bis 7 Uhr, Sonnabends von 9 bis 1 Uhr, und außerdem in der Filiale in Hamburg 1, Besenbinderhof 57/59, entgegengenommen. Die Sparbücher werden an den einzelnen Sparer ausgehändigt.

2. Einzahlungen können ferner mittels der in den Ortsausschüssen bzw. Ortsverwaltungen erhältlichen Postscheckzahlkarten auf das Postscheckkonto Berlin 3898 geleistet werden. Wenn ein Sparkonto noch nicht besteht, wird das neu ausgestellte Sparbuch den Sparern durch die Post übersandt. Ist auf diesem Wege eine Einzahlung für ein bestehendes Konto getätigt, so behält der Einzahler den Postscheckabschnitt als vorläufige Quittung. Die Eintragung ins Sparbuch findet bei gelegentlichem Vorkommen in der Sparkasse, spätestens bei der zum Jahresschluß erfolgenden Gutschrift der Zinsen statt.

3. Einzahlungen können auch bei den Ortsausschüssen und Ortsverwaltungen selbst getätigt werden.

Wird das Sparbuch vorgelegt, so quittiert die vereinnahmende Kasse sofort im Sparbuch. Geschieht die Einzahlung ohne Vorlage des Sparbuches, erhält der Sparer von der betreffenden Kasse eine Quittung.

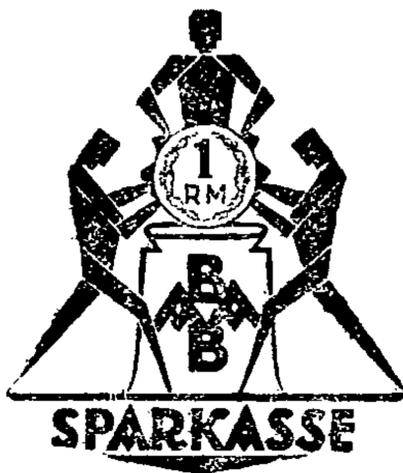
Zur Sicherung der Sparguthaben wird zu jedem Sparbuch eine mit der gleichen Nummer versehene Sicherungskarte ausgefertigt. Es empfiehlt sich, diese Sicherungskarte getrennt vom Sparbuch aufzubewahren.

Rückzahlungen werden nur geleistet, wenn Sparbuch und Sicherungskarte vorgelegt werden. Falls Rückzahlungen durch die Post angefordert werden, ist das Sparbuch und die Sicherungskarte in getrennten Briefen einzusenden.

Rückzahlungen finden statt an der Kasse der Arbeiterbank, Berlin S 14, Wallstraße 65, und deren Filiale in Hamburg 1, Besenbinderhof 57/59; ferner leisten die Kassen der Ortsausschüsse und Ortsverwaltungen Rückzahlungen, wenn Sparbuch und Sicherungskarte in der vorgeschriebenen Weise vorgelegt werden. Die Sparer können auch das Sparbuch und die Sicherungskarte durch die Post an eine der beiden obengenannten Adressen einsenden und die Rückzahlung eines Betrages fordern. In diesem Falle wird das Geld durch Postscheck, Sicherungskarte und Sparbuch durch die Post an die Sparer übersandt.

Bei der Arbeiterbank in Berlin, ihrer Filiale in Hamburg und bei den Ortsausschüssen und Ortsverwaltungen werden ferner Sparkarten sowie Sparmarken in den Werten von 1, 1 und 2 M ausgegeben. Für die zu sparenden Beträge sind bei den Ortsausschüssen, Ortsverwaltungen, Betriebsob-leuten und den Arbeiterbanken Sparmarken zu kaufen und in die Sparkarte einzukleben. Rückzahlungen der auf diesem Wege gesparten Beträge erfolgen nur in der Arbeiterbank, Berlin S 14, Wallstr. 65, und in Hamburg 1, Besenbinderhof 57/59, und nur dann, wenn mindestens 10 M gespart sind. Die Sparkarten können in den Kassenstunden vorgelegt werden oder durch die Post oder über die Gewerkschaften eingesandt werden. Die Ueberweisung der Sparbeträge erfolgt durch die Post direkt an den auf der Sparkarte bezeichneten Sparkarteninhaber.

Sobald der Gesamtbetrag der eingeklebten Marken 10 RM erreicht hat, kann die ersparte Summe auf ein Sparkonto übertragen werden. Bei der Vorlegung bzw. Ueberweisung der



Der arme Teufel.

Von Alfred Supperl.

(Nachdruck verboten.)

Das Fabriktor hatte sich geöffnet. Eine Flut von Menschen drängte sich durch den schmalen Ausgang der Straße zu. Hier hörte man ein befreiendes Aufatmen. Sogar die Gesichter erhellten sich, denn sie waren ja alle froh, auf einige Tagesstunden wieder Mensch sein zu dürfen, wo sie am anderen Tage wieder bei schlechter Luft ihrer Arbeit nachgehen mußten, einem Dastier gleich, dem Herrn gehorchend, der durch ihrer Hände Fleiß immer reicher und prächtiger wurde, den Arbeitern aber nicht den Lohn zahlte, um einigermaßen als Mensch leben zu können.

Die Arbeiter, die mangelhaft organisiert waren, hatten heute den Mut gefunden, ihrer Entrüstung über den kärglichen Lohn ihren organisierten Kollegen gegenüber Ausdruck zu geben und den Betriebsobmann aufgefordert, sich mit noch zwei anderen Kollegen in das Kontor ihres Chefs zu begeben, um eine vollständige Bezahlung ihrer Leistungen zu fordern.

Während nun die Belegschaft ihre Arbeitsräume verließ, stand der Obmann Richard Schulze mit seinen zwei jüngeren Kollegen vor der Türe des Privatkontors und pochte zaghaft an.

Er vernahm darauf keinen Raum, so daß er das Klopfen in verstärktem Maße wiederholte.

„Herrein!“ klang es. Die Stimme von drinnen war kurz und schneidend.

Die drei Arbeiter traten geräuschlos ein, taten eine kurze Verbeugung und blieben an der Türe stehen.

Herr Kaluga, am Schreibtisch sitzend und über eine schriftliche Arbeit gebeugt, schob die Brille auf die Stirn und erkannte drei seiner Arbeiter.

„Nun, was wollt Ihr denn heute noch?“ fragte er erwidert. Worauf der Obmann, mit seiner Mütze spielend, sagte, daß sie von der Belegschaft aufgefordert worden seien, mit Herrn Kaluga über eine Lohnzahlung nach Tarif zu verhandeln.

Da legte der Fabrikherr die Brille auf den Tisch.

„Ueber was?“ fragte er und lehnte sich zurück. Nervös griffen seine Hände nach einem Blatt Papier, die es mehrmals zusammenfalteten.

„Ueber den Lohnarif.“ wiederholte der Betriebsobmann.

„Ach so! — — Tarif? — — Jetzt verstehe ich es!“ tat Herr Kaluga verwundert. Er lächelte grimmig in sich hinein, dann nahm sein Gesicht einen bösen Ausdruck an.

„Was — Teufel! — schiert mich der Tarif! Ich zahle, wie ich will, und wie ich kann! Meinen Sie vielleicht, daß ich das Fertigsfabrikat verschleudere? Ich will doch auch verdienen, oder stehen meine Arbeitsräume nur dazu da, damit sich der „Herr Arbeiter“ im Leben nicht langweilt? Ich danke schon! Da kann ich meine Bude bald schließen und mir bleibt schon jeglicher Mergel erspart!“

„Herr Kaluga! Wir sind der Meinung, daß Sie wohl in der Lage sind, an eine Verbesserung unserer Löhne heranzugehen zu können, ohne daß eine Schädigung des Betriebes eintreten wird. Andere — und die meisten Armen unserer Branche zahlen den Löhnen anspruchslos den Tarif. Warum auch Sie nicht, Herr Kaluga? Wenn Sie Verhältnisse für die schwere Lage des Arbeiters besitzen, werden Sie hart umhin können, unsere Forderungen zu bewilligen.“

„Ausgeschlossen!“ lachte der Fabrikherr empört — — und — — überdies: mit welchem Recht können Sie von der ganzen Belegschaft sprechen? Ich will mit Ihnen und Frieden mit den Löhnen, das weiß ich! Aber ich weiß auch, wer die Treiber und Schärer dazu sind! Jawohl, das weiß ich! Das seid Ihr paar Organi-

Sparkarte ist Name, Stand, Adresse und Spargbuchnummer anzugeben. Sollte ein Sparkonto noch nicht bestehen, so genügt der Vermerk „Für ein neues Konto“.

Die Ortsausschüsse, die Ortsverwaltungen, die Arbeiterbank und ihre Filiale in Hamburg stehen allen Gewerkschaftsmitgliedern zur weiteren Auskunft gern zur Verfügung. Es kommt jetzt darauf an, daß alle Spargroschen der Arbeiterschaft in die Sparkasse der Arbeiterbank fließen. Ein Gewerkschaftsmitglied muß das andere auf die Arbeitersparkasse aufmerksam machen. Jeder Ortsausschuß, jede Ortsverwaltung muß ein Sammelbecken für die Arbeitersparkasse werden. Vereinzelt und verstreut bedeuten die Arbeitergroschen nichts, zusammengefaßt und gesammelt sind auch sie eine Macht.

Der Gesundheitszustand der Kleinkinder in Preußen im Jahre 1924.

In der Denkschrift der preussischen Regierung über die Bevölkerungsbewegung und den Gesundheitszustand in Preußen im Jahre 1924 werden im Anschluß an den von uns bereits über die Säuglinge veröffentlichten Bericht folgende Angaben über die Kleinkinder gemacht:

Der Gesundheitszustand der Kleinkinder war im Berichtsjahre wie auch schon in den früheren Jahren von allen Altersklassen der Bevölkerung der schlechteste. Es ist dies wohl darauf zurückzuführen, daß die Kleinkinder noch im letzten Kriegsjahre und in den folgenden schweren Zeiten, deren Not noch durch die Inflation erschwert wurde, zur Welt kamen bzw. ihre ersten Lebensjahre in dieser Zeit verbrachten.

Wenn die Kleinkinder auch statistisch schwer erfassbar sind, so liegen doch statistische Mitteilungen seitens der Kreis- und Kommunalärzte sowie seitens der Fürsorgestellen vor, so daß man wohl ein einigermaßen zutreffendes Bild über verschiedene, die Kleinkinder besonders betreffende Gesundheitschädigungen erhält. So läßt sich der Prozentsatz der unterernährten Kleinkinder aus den Angaben von vierzehn Städten und Kreisen auf 23,9 von 100 untersuchten feststellen. Nach den Berichten sind die Kleinkinder vielfach in ihrem Wachstum wie auch im Gewicht gegenüber den Normalzahlen zurückgeblieben. Eine weitere Krankheit, die die Kleinkinder in besonders hohem Maße befallt, ist die Rachitis (englische Krankheit). Es scheint eine Abnahme dieser Erkrankung nicht stattgefunden zu haben. Nach Berichten aus 13 Städten und Kreisen, die zahlenmäßige Nachweisungen bringen, kann man den Durchschnitt der an englischer Krankheit leidenden Kleinkinder auf 29,7 Prozent der untersuchten feststellen, wobei zu berücksichtigen ist, daß sich in dieser Zahl auch leichtere Fälle von Rachitis befinden. Die englische Krankheit tritt indessen häufig auch in schwerer Form

auf; so wird z. B. aus Frankfurt a. d. O. berichtet, daß die Kinder erst mit drei Jahren laufen lernen. Ferner spielt die Blutarmut und die Skrofulose eine erhebliche Rolle. So wurde z. B. im Kreise Klimenthal Skrofulose bei 27 Prozent der untersuchten Kleinkinder gefunden.

Als Ursachen für den schlechten Gesundheitszustand der Kleinkinder werden konstitutionelle Schwäche, bedingt durch die Not der ersten Lebensjahre dieser Kinder, der hohe Milchpreis, die häufig unzureichende und unzweckmäßige Ernährung, die Schwierigkeit der Gemüsebeschaffung, der Aufenthalt in den engen, wenig gelüfteten Wohnungen angeschuldigt.

In Celle erhielten:

	1923	1924
genügend Milch	28 Prozent	44 Prozent
zu wenig Milch	26 Prozent	26 Prozent
keine Milch	46 Prozent	30 Prozent

In Frankfurt a. d. O. wurden 50 Prozent der Kleinkinder als speisebedürftig bezeichnet.

In Rommes waren von 239 in der Fürsorgestelle vorgestellten Kleinkindern 153 krank.

In Hannover wird die Zahl der unterernährten Kleinkinder in der ersten Hälfte 1924 auf 40 Prozent angegeben, während sie sonst dort nur 20 Prozent beträgt.

In Koblenz waren von 287 Kleinkindern 107 gesund, an Rachitis litten 79, an Tuberkulose 32, an Skrofulose 47, an Unterernährung 13, an Ausschlag 8, an Syphilis 1.

In der städtischen Kinderklinik in Magdeburg wurden im ersten Halbjahr 1924 vier ältere Kinder und 21 Kinder bis zu zwei Jahren mit Erscheinungen frischer Syphilis aufgenommen. Bei Reihenuntersuchungen in den Kleinkinderbewahrschulen der Stadt Koblenz wurden als gut ernährt 10 Prozent, als mittelmäßig 36 Prozent, als ungenügend 54 Prozent ermittelt. Die entsprechenden Zahlen für die Stadt Merseburg lauten: 19 Prozent, 37 Prozent und 44 Prozent; 53,7 Prozent der in Koblenz untersuchten Kleinkinder litten an englischer Krankheit, 27 Prozent an Haltungsehlern und 21 Prozent an Skrofulose bzw. Tuberkulose.

In Buer erwiefen sich durch Untersuchungen der Säuglingsfürsorgestellen von 76 vorgestellten Kleinkindern 56 als nicht gesund.

In Bielefeld war bei den in der Säuglingsfürsorge vorgestellten Kleinkindern das Durchschnittsgewicht der zweijährigen Kinder um 2,1 kg, das der vierjährigen um 1,9 kg zu gering.

Im Kreise Delitzsch waren 33½ Prozent der untersuchten Kleinkinder skrofulos, in Kassel 30,5 Prozent.

herte, weiter nichts, und durch Eure Forderungen wollt Ihr Leute in Euern Verband hineinziehen. Aber -- ich verbitte mir jegliche Wühlarbeit, merken Sie sich das!"

„Herr Kaluzza! Wenn ich betone, daß es heute Ihre ganze Belegschaft war, die uns aufforderte, wegen des Lohntarifes Stellung mit Ihnen zu nehmen, so ist das nichts als reine Wahrheit, und es wäre gut, wenn Sie Ihre Schlüsse daraus ziehen würden!"

„Die werde ich!" antwortete Herr Kaluzza, und schlug mit der Hand auf den Tisch. „Nur sind Sie im Irrtum, wenn Sie glauben, eine Streikandrohung würde mich anders stimmen. Nein! Wem es nicht paßt und wer da glaubt, wo anders mehr verdienen zu können, nun, der soll gehen! Ich bekomme wahrhaftig genug Leute, die bedeutend billiger arbeiten wollen!"

„Das will ich nicht in Abrede stellen, Herr Kaluzza. Nur hat es mit den ‚billigen Leuten‘ eine eigene Verwandnis. Kein qualifizierter Arbeiter bietet sich für geringeren Lohn an."

„Na, na," widersprach der Fabrikherr. „auch da täuschen Sie sich. Es gibt ordentliche und auch sehr arbeitsame Leute, die heute noch sehr gern für einen mäßigen Lohn im Interesse des Unternehmers arbeiten, die da einsehen, daß es nur der Arbeitgeber ist, der ihnen das tägliche Brot gibt -- --"

„Ja, gewiß! Und auf der anderen Seite gibt es nur sehr wenig Unternehmer, die den Arbeiter achten lernen, weil sie wissen, daß er es ist, der ihnen gestattet, ein behagliches und besseres Leben zu führen. Zwei Hände schaffen nicht das, was hundert Hände schaffen, zwei Hände bringen dem Unternehmer nicht den Gewinn, den hundert Hände einbringen."

„Ich staune über Ihre offene Anschauung, die schon mehr in Frechheit übergeht, und dann habe ich weder Lust noch Zeit, mich mit Ihnen über solche Dinge zu beschäftigen."

Der Fabrikherr hatte sich erhoben. In seiner Größe überragte er weit den Arbeiter Schulze, einen Mann in den vierziger Jahren, dessen hageres Antlitz wahrhaft auf seinen Charakter gerichtet war.

„Schluß also!" sprach Herr Kaluzza. „wenn ich es werde für nötig und für mich erträglich finden, sollen die Leute eine Lohnzulage erhalten, augenblicklich gestattet mir meine finanzielle Lage nicht, den Lohn zu erhöhen, wenn mich nicht der Pleitegeier erfassen soll, und Sie und die Leute wissen, daß wir beide darunter zu leiden haben. Einschränken und recht sparsam leben, das ist jetzt das Gebot der Zeit, das gilt für Sie wie auch für mich!"

„Wir Arbeiter schränken uns schon ein, Herr Kaluzza, aber ich sehe, ich erreiche nichts, obwohl ich im Auftrag der Belegschaft spreche. Wie sich dieselbe zu Ihren Äußerungen stellen wird, weiß ich nicht. Doch dann will ich noch mit einer Bitte kommen: Zahlen Sie doch bitte den beiden Frauen, die von Ihnen Heimarbeit erhalten haben, einen Lohn, der ihrer Arbeit wert ist. Beide Frauen sind Witwen, Frau Neumann hat vier unverfögte Kinder zu ernähren; trotzdem dieselbe bis in die Nacht hinein arbeitet, erhält sie am Wochenschluß einen Lohn von fünf bis sechs Mark! Mit diesem Verdienst kann keine Frau auskommen!"

Der Fabrikherr zuckte mit den Schultern. „Ja, du lieber Himmel, wer fragt mich, ob es mir reicht, ob ich auskomme? Tut mir ja leid -- aber -- da müssen die beiden Frauen sehen, wo sie besserbezahlte Arbeit erhalten können."

Richard Schulze, der Obmann, sah seine beiden Kollegen kopfschüttelnd an.

„Einige Mark sind für die beiden Frauen viel, für Sie doch wahrhaftig wenig. Auf was denn an die Christenpflicht erinnern?"

In Köln waren die fünfjährigen Kleinkinder als ganz besonders schwächlich bezeichnet. Auch die Kleinkinder wurden durch die Wohnungs-, Bett- und Bekleidungsnot schwer bedrängt.

Im Kreise Sagan hatten 52,8 Prozent kein eigenes Bett, in Oels hatten von 351 Kleinkindern 158 kein eigenes Bett, 15 keine Bettwäsche, 30 nur einmal Bettwäsche, 23 nur ein Hemd, 24 nur ein Paar Strümpfe, 80 nur ein Paar Schuhe.

In Hindenburg besaßen 60 Prozent der Kleinkinder kein eigenes Bett, 8 Prozent waren ungenügend bekleidet. In der Stadt Schweidnitz wohnten von 268 Kleinkindern 37 mit fünf und mehr Personen in einem Wohnraum, 30 teilten das Bett mit anderen Kindern, 56 mit Erwachsenen, drei schliefen überhaupt nicht im Bett, drei besaßen keine Bettwäsche, 33 nur einmal, 15 hatten nur ein Hemd, 28 ein Paar Strümpfe, zwei keine Strümpfe.

Im Kreise Schweidnitz wohnten von 616 Kleinkindern 68 mit fünf oder mehr Personen in einem Zimmer, 167 schliefen mit anderen Kindern, 120 mit Erwachsenen zusammen, fünf schliefen überhaupt nicht im Bett, 12 hatten keine Bettwäsche, 111 solche nur einmal, 59 Kleinkinder besaßen nur ein Hemd, fünf keins, 76 nur ein Paar Strümpfe, 50 Kleinkinder erhielten dort kein warmes Mittagessen, sechs überhaupt kein Mittagessen.

Als vom Staat, von den Gemeinden und Wohlfahrtsorganisationen zur Linderung der Not der Kleinkinder ergriffene Maßnahmen sind Geldsammlungen, Wäsche- und Bettenlieferung, Abgabe von Lebertran und anderen Arzneimitteln, Höhenkuren und Speisungen zu nennen.

Aus den Gauen und Zahlstellen.

Plana. Am 17. Oktober fand eine ziemlich gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Kollege Schwellach verlas die letzte Abrechnung. Darauf erstattete Gauleiter Kollege Gerloff einen ausführlichen Bericht von der letzten Lohnbewegung. Er schilderte hauptsächlich das Verhalten der Vertreter der Fabrikanten bei der Schlichtungsverhandlung, wobei der Schlichter zu so einem mißlichen Schiedsspruch kam. Am Schluß seiner Ausführungen ging Kollege Gerloff mit kurzen Worten zum Verbandstag über. Er führte aus, daß es dort harte Auseinandersetzungen gab. Hierauf nahm Kollege Flor das Wort und bemängelte, daß die letzte Lohnbewegung der gesamten Kollegenschaft einen mißlichen Erfolg gebracht hätte. Er schilderte auch das Unterstützungssystem, man sollte doch unsern Verband nicht als Unterstützungsverein, sondern als Kampforganisation ansehen. Auch hätte man erwartet, daß der Verbandstag sich mehr mit dem letzten Lohnkampf beschäftigen würde, aber es wäre nicht der Fall gewesen, sonst müßte man mehr im „Tabak-Arbeiter“ gelesen haben. Kollege Biebert schilderte den verlorengegangenen Lohnkampf in Hamburg. Vorsitzender Kollege Johne fordert die Kollegenschaft auf, das Ver-

trauen unseres Gauleiters Kollegen Gerloff wieder zu gewinnen. Kassierer Kollege Schwellach muntert nochmals die Kollegenschaft auf ihre Beiträge pünktlich zu entrichten. In seinem Schlußwort betonte Kollege Gerloff, daß den Tabakarbeitern noch schwierige Aufgaben bevorstehen, dieselben können aber leicht gelöst werden, wenn jedes Mitglied seine ganze Kraft für den Aufbau und Ausbau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes einsetzt und dafür sorgt, daß richtige Beiträge nach dem Verdienst gezahlt werden. Nach Besprechung der örtlichen Verhältnisse schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Anmerkung der Redaktion: Es ist irrig, wenn angenommen wird, der 19. Verbandstag hätte sich nicht genügend mit dem letzten Lohnkampf beschäftigt. Wenn darüber wenig im „Tabak-Arbeiter“ berichtet worden ist, so ist das auf die Nichtöffentlichkeit der betreffenden Sitzung zurückzuführen.

Konferenz der Zahlstellen des Tarifgebietes Köln-Düsseldorf

Am 18. Oktober tagte in Cresfeld im Volkshause eine Konferenz der Zahlstellen des Tarifgebietes Köln-Düsseldorf. Leider waren nicht alle Zahlstellen des Tarifgebietes vertreten. Den Bericht vom Verbandstag in Nordhausen erstattete der Kollege Klink, Köln. Kollege Klink betonte in seinen Ausführungen die Einmütigkeit des Verbandstages. Er selbst sei in den letzten Jahren mit der Taktik des Vorstandes nicht immer einverstanden gewesen, aber nach dem Bericht des Vorstandes sei er zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Leitung des Verbandes alles getan habe, was in ihrer Kraft stand. Die Ausführungen des Kollegen Deichmann bezüglich unserer zentralen Lohnpolitik hätten klärend gewirkt. Einmütig habe sich der Verbandstag auf den Standpunkt gestellt, die Finanzverhältnisse des Verbandes auf- und auszubauen. Wenn auch keine Beitragserhöhung beschlossen sei, so könne dieses Ziel doch erreicht werden, wenn jedes Mitglied des Verbandes seinem Verdienst entsprechend den vorgeschriebenen Beitrag leihe. Da in manchen Zahlstellen überhaupt noch kein Lokalbeitrag erhoben würde, habe der Verbandstag beschlossen, daß jedes Mitglied des Verbandes neben den Verbandsbeitrag noch mindestens zu jeder Marke einen Lokalzuschlag von 5 % zu zahlen hat. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Joh. Meyers, Meentert, Peter Warden, Geldern, Joh. Döpfelder, Essen und Frick Reiche, Orson. Letzterer wünschte, daß die Kollegen und Kolleginnen aus den einzelnen Zahlstellen mehr Gewicht darauf legen, zu den Gaukonferenzen die Kolleginnen zu delegieren. Dieses sei dringend notwendig im Interesse unserer Agitation unter den Arbeiterinnen.

Kollege Gauleiter Müller hielt dann einen instruktiven Vortrag über die Agitation im Gau, insbesondere in den Zahlstellen. Müller führte aus, in den letzten Jahren seien die Tabakarbeiter des besetzten Gebietes nicht zur Ruhe gekommen durch die innen- und außenpolitischen Fragen. Nach dem Kriege die freie Wirtschaft, darauf der passive Widerstand, und die Trennung des besetzten Gebietes vom unbesetzten durch eine Zollgrenze. Katastrophal hätten diese Vorgänge oft ausgewirkt für die Industrie. Nachdem nunmehr geordnete Verhältnisse vorliegen, müssen wir mit vereinten Kräften die Agitation unter den Tabakarbeitern im besetzten Gebiete aufnehmen. Jedes Mitglied des Verbandes müsse sich an der Agitation beteiligen. Auf dem Wege zur und von der Arbeitsstätte, in den Betrieben, in kleineren Zusammenkünften müssen wir den uns noch Fernstehenden die Notwendigkeit des Zusammenschlusses auseinandersetzen. Die Kolleginnen

„Nicht nötig,“ gab der Fabrikherr gekränkt zurück, „aber es geht einfach nicht. Ich bin ein armer Teufel gleich wie Sie, auch ich muß mit jedem Pfennig rechnen, bevor ich ihn ausgabe. Glauben Sie, es gibt auch arme Fabrikanten, und ein solcher bin auch ich!“

Ueber Schulzes Gesicht ging ein Lächeln.

„Daß Sie, Herr Kaluza, so arm sind, wußten wir nicht, und meine Mission ist erfüllt, wenn auch zwecklos.“

Dann gab er seinen beiden Kollegen ein Zeichen. „Guten Abend!“ sagten die drei Arbeiter und sie verließen das Privatkontor.

„Ein guter Komödientheater ist er, das muß man ihm lassen,“ sprach zornig erfüllt Richard Schulze zu seinen beiden Kollegen, als sie auf der Straße standen.

„Wenn sie alle wieder organisiert sein werden, wird der alte wieder Wind vor uns haben,“ entgegnete ihm ein jüngerer Kollege.

Wismutig schritten sie des Weges dahin.

Der Fabrikherr sah ihnen nach und atmete erleichtert auf, als er wieder allein in seinem behaglich ausgestatteten Kontor war. Sein Gesicht erheiterte sich wieder. Er brannte sich eine Zigarette an und lachte laut auf. „Den Leuten kann man vorreden, was man will, die glauben es ja — das heißt, nur so lange, als bis mir die ganze Bude nicht wieder organisiert ist.“

Er trat in das Geschäftskontor. Dort fand er seine Gattin in einem Sessel, die sofort aufsprang und auf ihn zuellte.

„Hast wieder Ärger mit Deinen Leuten gehabt?“ fragte sie gutmütig und strich ihm über die Wangen.

„Es ist alles gut und zu meinem Vorteil ausgegangen.“ erwiderte er lachend. „Und nun, ist alles zur Ausfahrt fertig?“

„Ja, Walter, es kann losgehen! Ja so — ich habe hier für morgen Abend vier gute Logenplätze in die Oper — —“

„Um! — Kostenpunkt?“

„Fünfundvierzig Mark, wenn Du sie gleich bezahlst!“ antwortete seine Gattin.

„Na, das geht ja noch an, das Vergnügen hätte ich mir teurer gedacht. Fräulein Müller, zahlen Sie bitte meiner Gattin aus.“

Das Kontorfräulein trat an den Geldschrank.

„Herr Kaluza — die Posteingänge — —“

„Ja so! — Entschuldige, Herr.“

Er nahm einige Briefe zur Hand und begann sie zu öffnen. Halb laut las er die Geschäftsbriefe.

„Bereinigung vaterländischer Verbände — — — Der Stahlhelm, — Bund der Frontsoldaten — — — — Unterstützung der nationalen Bewegung — — — — hm! — — Fräulein Müller, vergessen wir nicht, dem „Stahlhelm“ eine Beihilfe von fünfhundert Mark zu überweisen!“

„Fünfhundert?“ fragte erstaunt seine Gattin.

„Ja, liebe Herta, es ist ein Opfer, aber das müssen wir schon bringen. Du weißt, ich bin immer ein Patriot und Vaterlandsfreund gewesen und will's auch bleiben. Nicht ist es, die nationale Bewegung reichlich zu unterstützen. Wir brauchen Leute von vaterlandsliebender, freideutscher Gesinnung; solche heranzubilden, kostet Geld. Aber auch wir können unsern Nutzen davon haben.“

Fräulein Müller wandte sich ihrem Chef zu.

„Heberrn, Herr Kaluza, ist die letzte Frist zur Zahlung der Steuern!“

„Was? — Versuchen nochmal! Der Staat saugt einen bis auf's Blut aus! Ich habe nichts — mögen sie die Bude pfänden!“

Und mit einem heftigen Ruck schritt er mit seiner Gattin zur Tür hinaus.

Literarisches.

Protokoll des Breslauer Gewerkschaftskongresses.

Das Protokoll der Verhandlungen des Breslauer Gewerkschaftskongresses ist erschienen. Es enthält neben den stenographisch aufgenommenen Verhandlungen ein Verzeichnis der Kongreßteilnehmer, sowie alle dem Kongreß vorgelegten Anträge und Entschlüsse. Den Breslauer Verhandlungen kommt eine ganz besondere Bedeutung zu. Der Kongreß war nicht nur berufen, über die in den letzten drei Jahren so oft angefeindete taktische Linie zu urteilen, er hatte sich eingehend mit der Wirtschaftslage zu befassen und die Wege zu suchen, die eine gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeiterchaft in allen Fragen der Wirtschaftsführung herbeizuführen geeignet sind. Daneben galt es, die Ansprüche der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterchaft an die ins Stocken geratene sozialpolitische Gesetzgebung besonders zu betonen und eine verbindliche Entscheidung über den langjährigen Organisationsstreit zu treffen.

Das Ergebnis der Kongreßverhandlungen bildet die Richtschnur des weiteren gewerkschaftlichen Wirkens. Jedes Gewerkschaftsmitglied sollte sich deshalb mit den Verhandlungen des Kongresses vertraut machen. In keiner Gewerkschaftsbibliothek darf das Protokoll fehlen. Der Preis des Buches beträgt im Buchhandel für das gebundene Exemplar 6,30 M., brosch. 5,30 M. Um den Gewerkschaftsmitgliedern durch eine größere Auflage den Erwerb des Protokolls zu dem geringsten Preis zu ermöglichen, erhalten diese das gebundene Exemplar für 4,40 M. und broschiert für 3,70 M. Bei Abnahme von fünf Exemplaren betragen die Stückpreise geb. 3,80 M., brosch. 3,20 M. Bestellungen sind an die Verlagsgesellschaft des DGB. zu richten.

Die Gewerkschaftsbewegung in Belgien von C. Mertens. Amsterdam 1925. Verlagsabteilung des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Preis 1 M. Zu beziehen durch die Verlagsabteilung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin, Inselstraße 6.

Der Internationale Gewerkschaftsbund gibt unter der Bezeichnung „Internationale Gewerkschafts-Bibliothek“ eine Reihe von Schriften heraus, die sich mit der Gewerkschaftsbewegung in den einzelnen Ländern beschäftigen. Das vorliegende Heft 1 behandelt die Gewerkschaftsbewegung in Belgien und schildert ihre Entstehung und Entwicklung, ihre inneren Einrichtungen und ihren Umfang, ihre Kämpfe und Errungenschaften. Wer sich über die belgische Gewerkschaftsbewegung unterrichten will, findet hier alles Wissenswerte.

Das nächste Heft wird die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland behandeln; dann folgen Darstellungen der Bewegungen in England, Schweden und den anderen im Internationalen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Ländern. Jedes Vierteljahr wird ein neues Heft herausgegeben.

Richard Seidel: Die Gewerkschaften nach dem Kriege. Verlag J. S. W. Dieck Nachf., Berlin SW 68. Preis: Ganzleinen 6 M. Durch die 1918 eingetretene Aenderung der Staatsform und der sozialen Machtverhältnisse erwachsen auch den Gewerkschaften neue Probleme, die eine grundlegende Aenderung ihres Aufgabekreises bedingten. Richard Seidel behandelt sie in seinem soeben im Verlag J. S. W. Dieck Nachf., Berlin, erschienenen Buch: „Die Gewerkschaften nach dem Kriege“, und läßt dadurch sein lange erwartetes Werk zu einem Stück Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung werden, das die Entwicklung der Gewerkschaften seit 1918 darstellt. Wenn es sich hier nicht um eine historische Darstellung im streng wissenschaftlichen Sinne handelt, so wird doch in reichem Maße auf die Ereignisse seit 1918 Bezug genommen, insbesondere soweit sie als stoffliches Gerippe den in den Kreis der Betrachtungen gezogenen Fragen zugrunde liegen.

Es ist unmöglich, in einer kurzen Würdigung des Seidelschen Buches, auf die Fülle von Problemen auch nur anzudeuten, die vom Verfasser gegründet auf die intime Kenntnis der Tatsachen, in vorzüglicher Darstellung behandelt werden. Es sei nur noch auf die bestimmten Kapitel über „Sozialpolitik und Gewerkschaften“, „Verfassungstragen der Gewerkschaften“ und „Gewerkschaftliche Bildungsarbeit“ hingewiesen, um annähernd zu zeigen, welen umfangreichen Stoff dieses verdienstvolle Buch behandelt. Es ist selbstverständlich, daß auch die Fragen der Gewerkschafts-Internationale und die Probleme der Beamten- und Angestellten-Gewerkschaften ihrer großen Bedeutung entsprechend eingehend gewürdigt werden.

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. 1925. Heft 19, 64 S. Preis 1 M. Das literarische der wissenschaftlichen Zeitschrift der deutschen Gewerkschaftsbewegung enthält eine Reihe von beachtenswerten Aufsätzen, die sich mit der Lage der deutschen Wirtschaft und der Weltwirtschaft, sowie den Beziehungen beschäftigen, die sich für die Arbeiterbewegung, insbesondere die Gewerkschaften, aus ihr ergeben. Dr. Judith Grunfeld behandelt „Die wirtschaftliche Krise“, Dr. Hans Arons knüpft an die 2. Hälfte des 12. Gewerkschaftskongresses mit seinem Aufsatz „Zur Notwendigkeit einer Produktionsreform“, Dr. Kurt Bloch stellt „Die Probleme des Agrarredits“ anscheinend, während Dr. von Ungewitz-Sternberg in dem Artikel „Industrieorganisatorische Zeitfragen“ Wege zur Durchhaltung der Organisation der Wirtschaft weist.

Noch andere Aufsätze sind Problemen gewidmet, die sich aus der Auseinandersetzung mit gegnerischen und fremden Ideentendenzen ergeben. Dr. Annemarie Fernberg untersucht die philosophischen Grundlagen des in Unternehmen eintretenden sehr gefährlichen Sozialismus, Dr. Bruno Brodermann erörtert die sozialen und politischen Kräfte. Dr. Bruno Brodermann erörtert die sozialen und politischen Kräfte. Dr. Bruno Brodermann erörtert die sozialen und politischen Kräfte. Dr. Bruno Brodermann erörtert die sozialen und politischen Kräfte.

und Kollegen in den einzelnen Zahlstellenverwaltungen müssen dabei die Führung übernehmen. In den Betrieben müssen unsere Mitglieder die Führung im Betriebsrat übernehmen. Wenn sich die Bevollmächtigten in den Zahlstellen so ihrer Agitationsarbeit annehmen, wird ihre Arbeit von Erfolg getront sein. Notwendig sei, auf die Beitragsleistung zu achten. Auch in diesem Punkte müssen die Bevollmächtigten den Mitgliedern mit gutem Beispiel vorangehen. In der Diskussion wurde von einigen Kollegen Klage darüber geführt, daß an einzelnen Orten unsere Kollegen der Ansicht wären, sobald sie arbeitslos wären, bräuchten sie keine Beiträge mehr zu zahlen. Dabei stellte sich heraus, daß einige Kollegen in der Woche mehr verdienten, wie ein Tabakarbeiter, der im Betriebe tätig sei. Eine solche Einstellung wurde von der Konferenz auf das schärfste mißbilligt. Jedes Mitglied des Verbandes hat seinem Verdienst entsprechend seinen Beitrag zu zahlen.

Gauleiter Müller gab dann noch ein Schreiben des Verbandsvorsitzenden wegen der Ausführungsbestimmungen zum Artikel 111 des Tabaksteuergesetzes bekannt. Eine Abschrift von diesem Schreiben soll jeder Zahlstelle zugestellt werden. Einmütig gelobten sich die Konferenzteilnehmer, für den Aufbau und Ausbau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes ihre Pflicht zu tun.

Konferenz der Zahlstellen des Tarifgebietes Aachen-Trier-Coblenz-Rheinheffen.

Am 25. Oktober d. J. tagte in Coblenz, im „Alten Brauhaus“, eine Konferenz der Zahlstellen des Tarifgebietes Aachen-Trier-Coblenz-Rheinheffen. Alle geladenen Zahlstellen waren vertreten. Kollege Otto Klink (Köln) erstattete Bericht vom Verbandstag in Nordhausen. Eine lebhaft Diskussions, an der sich fast sämtliche Vertreter aus den einzelnen Zahlstellen beteiligten, riefen die Ausführungen des Kollegen Klink bezüglich unserer zentralen Lohnpolitik hervor. Gauleiter Kollege Müller konnte an Hand des bestehenden Bezirkstarifvertrages nachweisen, daß durch die zentrale Lohnpolitik auch das Tarifgebiet Aachen-Trier-Coblenz-Rheinheffen Vorteile erzielt hätte. Leider würde dieses von einem großen Teile der Tabakarbeiter nicht gemildigt, die nicht läen und doch ernten wollen. Diese so eingestellten Massen seien schuld daran, daß wir nicht besser mit unseren Löhnen vorwärts kommen. Diese Massen aufzuklären, muß Aufgabe der gesamten organisierten Tabakarbeiterchaft sein. In seinem Schlusswort beleuchtete der Kollege Klink nochmals die Licht- und Schattenseiten der zentralen Lohnpolitik, und betonte, daß angesichts der Verhältnisse in der Tabakindustrie Deutschlands die zentrale Lohnpolitik die beste sei.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung besprach Gauleiter Müller die Agitation im Bezirk. Wenn in manchen Zahlstellen nicht bessere Erfolge bei der Gewinnung neuer Mitglieder erzielt würden, so tragen die Kollegen in der Verwaltung, auch die Betriebsräte in den einzelnen Betrieben, Schuld daran. Nicht die Versammlungen seien heute immer die besten Werbestellen. In den Pausen, in den Betrieben, von Mund zu Mund müße die Aufklärung erfolgen. Die Zeiten, wo die Arbeiter in Massen zu ihrer Organisation drängen, sind darüber. Um ein einzelnes Mitglied muß geworben werden. Bei dieser Arbeit dürfen unsere Kolleginnen und Kollegen nicht verzagen, weil wir als überzeugte Gewerkschafter wissen, daß nur durch eine starke Gewerkschaft dem Unternehmertum ein „Halt“ in der Ausbeutung entgegengestellt werden kann. Damit wir dem Unternehmertum gewappnet gegenüberstehen, ist es aber dringend erforderlich, für Munition zu sorgen. Wenn der Verbandstag auch keine neue Beitragshöhung beschließen habe, habe er aber allen Mitgliedern zur Pflicht gemacht, dem Verdienst entsprechend den Beitrag zu zahlen.

Im Punkt „Verschiedenes“ gibt Kollege Klink noch einen kurzen Bericht über die Verhandlungen in Dresden bezüglich des neuen Reichstarifvertrages für die Zigarettenindustrie. Wenn auch im neuen Reichstarifvertrag keine wesentlichen Verbesserungen erzielt worden seien, so ist aber die sozialen Errungenschaften, die im alten Tarif festgelegt waren, gehalten worden, trotz der umfangreichen Verschlechterung durch die Unternehmer.

Schließlich wird einig in dem Beschlusse, sein alles daranzusetzen, den Deutschen Tabakarbeiter-Verband zu dem zu machen, was er sein muß, und sich den Beschlüssen der Konferenzteilnehmer.

Genossenschaftliches.

Eine neue Art der Volksfürsorge.

Die Genossenschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-aktien-Gesellschaft Volksfürsorge in Hamburg kündigt eine sehr beachtliche neue Leistung für ihre Versicherten an. Mit Genehmigung des Reichsaufsichtsrates wird die Volksfürsorge ihren Versicherten, sofern für sie eine monatliche Prämie in der Höhe von mindestens 2 M. entrichtet wird, ab 1. November 1925 eine „Grosz-Unfall-Versicherung“ auf den Todesfall in gleicher Höhe gewähren, so daß ohne Zahlung irgendeiner Zusatzprämie beim Tode infolge eines Unfalls stets die doppelte Versicherungssumme zur Verfügung gelangt. Bei der Lebensversicherung wird eine Mindestprämie zur Voraussetzung für die Sonderleistung der Volksfürsorge nicht erforderlich. Sowohl in der Volks- als auch in der Lebensversicherung wird die Höhe der Sonderleistung in jedem einzelnen Fall auf dem Konto noch nach oben begrenzt sein.

Die Volksfürsorge wird am 1. November d. J. um 10 Uhr im Hotel „Zur Kaiserbrücke“ in Hamburg die neue Versicherung durch Erteilung